

Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an den Landrat

betreffend Palliative Care und Migration bzw. diversitätssensitive Palliative Care

2024/308

vom 21. Oktober 2025

1. Ausgangslage

In ihrem Postulat weist Landrätin Simone Abt auf die grossen Potenziale, aber auch auf die Herausforderungen einer auf die individuellen Bedürfnisse ausgerichteten Palliative-Care-Arbeit hin. Laut einem Bericht des Bundesrats von 2020 hängt der Zugang zur Palliativversorgung und die Begleitung durch Freiwillige stark vom Wohnort, den vorhandenen Versorgungsstrukturen sowie unterstützenden sozialen Beziehungen ab. Dabei zeigt sich, dass nicht alle Patientengruppen denselben Zugang zu Palliative Care haben. Gemäss der Studie ist Palliative Care hierzulande stark individualistisch und angelsächsisch-protestantisch geprägt, weshalb sie für die Migrationsbevölkerung teilweise nur schwer zugänglich ist. Hauptursachen dafür sind Kommunikationsbarrieren, fehlende systematische Zusammenarbeit mit religiösen Fachpersonen sowie Lücken bei der Etablierung von Unterstützungsstrukturen für Angehörige.

Das vom Landrat am 26. September 2024 überwiesene Postulat fordert den Regierungsrat auf, zu berichten, ob Palliative Care für alle Personen im Kanton Basel-Landschaft unabhängig von Alter, Behinderung, Herkunft, sozioökonomischem Status, Diagnose und Gesundheitskompetenz zugänglich ist. Ausserdem solle der Regierungsrat berichten, welche Massnahmen ergriffen werden, um bestehende Ungleichheiten zu beheben und ob (und wie) eine Sensibilisierung der Fachpersonen der Palliative Care stattfinden könne.

Für den Regierungsrat gehört die ganzheitliche Betreuung von Menschen mit unheilbaren und lebensbedrohlichen Erkrankungen zu den zentralen Aufgaben des öffentlichen Gesundheitswesens. Der Kanton ist primär verantwortlich, dass die (rechtlichen) Rahmenbedingungen gegeben sind, um diesen Aspekt der medizinischen Versorgung zu gewährleisten.

In seinem Bericht führt der Regierungsrat aus, dass die geltenden nationalen gesetzlichen Bestimmungen grundsätzlich einen ausreichenden Rahmen für einen chancengleichen, diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung bieten. In der Praxis bleiben jedoch Zugangshürden unter anderem aus sprachlich-kulturellen Gründen bestehen. In den letzten 15 Jahren hat der Bund verschiedene Massnahmen zur Verbesserung der Finanzierung getroffen und gemeinsam mit den Kantonen, palliative.ch und anderen Akteuren konzeptionelle und fachliche Grundlagen erarbeitet. Zu diesen Massnahmen gehören die Anerkennung der Koordinationsleistungen des Pflegepersonals in komplexen Pflegesituationen als Leistungen nach dem KVG und die Festlegung spezifischer Tarife für Palliative Care im stationären Spitalbereich.

Der Kanton ergreift verschiedene Massnahmen zur Sensibilisierung von Migrationsbevölkerung und Fachpersonen. Dazu gehören Leit- und Handlungsprinzipien im «Palliative Care Konzept BL». Mit folgenden Organisationen wurden Leistungsvereinbarungen abgeschlossen: **«palliative bs+bl»** übernimmt für den Kanton Sensibilisierung und Vernetzungsarbeiten und erhält dafür jährlich CHF 27'000.–; ein wichtiges Austausch- und Sensibilisierungsgefäss ist die Palliative Woche, welche der Kanton seit 2024 mit CHF 15'000.– unterstützt. Die **Palliativklinik im Park** (Arlesheim) erhält für den Betrieb und Ausbau der Informationsstelle – eine unentgeltliche Beratungsleistung für (ambulante) Grundversorger sowie Betroffene und ihre Angehörigen – jährlich einen fixen Betrag von CHF 85'000.–. Weiter besteht eine Leistungsvereinbarung mit dem Hilfswerk der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (HEKS) für das Programm **«AltuM – Alter und Migration»**. Im

Rahmen der beabsichtigten Überarbeitung der Leistungsvereinbarungen werden zusätzlich spezifische Massnahmen im Bereich Migration geprüft.

Die Sensibilisierung von Fachpersonen im Bereich transkultureller Kompetenzen ist laut Regierungsrat ein kontinuierlicher Prozess. Sie liegt sowohl in der persönlichen Verantwortung der Fachpersonen selbst als auch in jener der Leistungserbringenden, Standesorganisationen und Weiterbildungsinstitutionen.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission behandelte die Vorlage an ihrer Sitzung vom 19. September 2025 in Anwesenheit von Regierungsrat Thomi Jourdan und VGD-Generalsekretär Olivier Kungler. Das Amt für Gesundheit war vertreten durch dessen Leiter Jürg Sommer, Michael Steiner, Leiter Abt. Spitäler und Therapieeinrichtungen, sowie Caroline Brugger, wissenschaftliche Mitarbeiterin.

2.2. Eintreten

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

2.3. Detailberatung

Die Kommission erachtete das Postulat insgesamt als schlüssig beantwortet. Der Bericht zeige den aktuellen Angebotsumfang sowie den Stand der Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten von Palliative Care gut auf. Zu gewissen Details verlangte einzelne Kommissionsmitglieder jedoch über den Bericht hinausgehende zusätzliche Informationen.

Ein Mitglied wies darauf hin, dass der Zugang zu Informationen im Bereich Palliative Care schweizweit nach wie vor ein strukturelles Problem darstelle. Insbesondere fehle eine zentrale Anlaufstelle, die über sämtliche Angebote und Zuständigkeiten Auskunft geben könne. Diese Holschuld führe insbesondere bei Personen ohne spezifisches Vorwissen oder mit Migrationshintergrund dazu, dass die vorhandenen Leistungen erst spät oder gar nicht abgerufen werden. Das Mitglied fragte deshalb nach Möglichkeiten eines vereinfachten proaktiven Kommunikationswegs.

Die Direktion machte deutlich, dass die bessere Sichtbarmachung der Angebote eine Herausforderung darstelle, die auch andere Bereiche des Gesundheitswesens betreffe. Am geeignetsten erscheine dafür heute das Internet, obwohl auch diese Möglichkeit mit hohem Aufwand und beträchtlichen Kosten verbunden sei. Bereits jetzt ermöglichen künstliche, auf im Netz verfügbaren Informationen basierende intelligente Suchmaschinen (z. B. ChatGPT) einen guten Überblick und weiterführende Informationen zu sämtlichen Belangen gesundheitlicher Versorgungsleistungen – einschliesslich Palliative Care. Gleichzeitig bleibe die Sensibilisierung der Leistungserbringenden (Hausärzte, Spitäler) laut Direktion wichtig, um Betroffene gezielt auf vorhandene Unterstützungsangebote hinzuweisen.

Die von den beiden Basel unterstützte Organisation palliative bs+bl engagiert sich aktiv für den Einbezug der Migrationsbevölkerung, zum Beispiel mit Beiträgen an der Woche der Religionen (Erzählcafé). Ein Mitglied wies zudem darauf hin, dass sich im Kernteam von palliative bs+bl rund 20 Organisationen befinden, die über ihre eigenen Publikationsorgane einen Multiplikatoreffekt erzeugen. Dennoch, so gab die Direktion zu bedenken, sei die Gruppe der Migrationsbevölkerung aufgrund ihrer Vielseitigkeit schwer zu fassen und somit auch schwierig zu erreichen. Ein gewisses Mass an Eigeninitiative der Betroffenen bleibe daher unverzichtbar.

In der Diskussion wurde von einem Mitglied betont, dass sich die Fragestellung nicht allein auf Menschen mit Migrationshintergrund beschränken sollte, sondern auch andere vulnerable Gruppen – etwa Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Demenz – berücksichtigt werden müssen, die von fluiden Angeboten wie ChatGPT oder den Präsenzveranstaltungen einer Palliative Woche kaum profitieren dürften. Die Bedürfnisse im Bereich Palliative Care seien sehr unter-

schiedlich ausgeprägt – worauf bereits anlässlich der Überweisungsdiskussion im Landrat hingewiesen wurde.

Die Direktion bestätigte, dass die Heterogenität der betroffenen Menschen ein zentralisiertes Angebot erschwere. Stattdessen brauche es flexible Informations- und Unterstützungsstrukturen, mit denen individuell auf die jeweiligen Bedürfnisse eingegangen werden kann. Der Einbezug der unterschiedlichen Werte und Haltungen der betroffenen Menschen entspreche dem Konzept von Palliative Care, da sich auch in Medizin und Psychiatrie zeige, dass dadurch Erfolg und Nachhaltigkeit zunehmen. Damit diese Herangehensweise möglich ist, brauche es jedoch Zeit und Schulung. Professionelle Informationsstellen wie jene der Palliativklinik im Park übernehmen hierbei eine wichtige Vermittlungsfunktion. Zudem fördern die bestehenden Vernetzungsformate der Palliative Woche und der bikantonalen Palliative Care Konferenz den fachlichen Austausch.

3. Beschluss der Kommission

://: Mit 10:0 Stimmen schreibt die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission das Postulat ab.

21.10.2025 / mko

Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission

Lucia Mikeler Knaack, Präsidentin